

Antrag

der Fraktion GRÜNE/B90

Zukunftsindustrie sichern – Solarförderung verteidigen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

den Gesetzentwurf des Bundes zur außerordentlichen Reduzierung der Vergütungssätze der Solarförderung im Erneuerbaren-Energien-Gesetz mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern und sich insbesondere für eine zeitliche Streckung der Kürzungen der Solarförderung einzusetzen.

Begründung:

Erklärtes Ziel der Landesregierung aus der Koalitionsvereinbarung ist es, „günstige Rahmenbedingungen für zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Arbeitsplätze zu schaffen und alles dafür zu tun, bestehende Arbeitsplätze zu sichern.“ Die brandenburger Solarbranche, die mehr als 3000 Arbeitsplätze in der Hersteller- und Zulieferindustrie sichert, ist ein dynamischer Wirtschaftszweig, ist mit 38% aller hergestellten Solarmodule der führende Standort der Solarmodulproduzenten in Deutschland und investierte auch im Jahr 2009 in Brandenburg deutlich spürbar.

Der geplante Einschnitt in die Solarförderung des Bundesumweltministers zusätzlich zu der bereits erfolgten Absenkung zu Jahresbeginn ist geeignet, die Solarindustrie in ihren Grundfesten zu erschüttern und geht weit über jegliche Senkung mit Augenmaß hinaus. Bislang galten neben dem hohen Innovationspotential aus über 60 Forschungseinrichtungen und dem starken Maschinen und Anlagenbau die attraktiven gesetzlichen Förderbedingungen für Solarstrom als unverzichtbarer Marktöffner. Gekoppelt mit der geplanten Kürzung der Forschungsmittel für den Solarstrom um ein viertel auf 25 Millionen € im Haushaltsentwurf 2010 scheint die Bundesregierung die Erfolgsgeschichte der Solarförderung nachhaltig zerstören zu wollen. Die Politik der Bundesregierung gefährdet eine Branche, die im letzten Jahr rund zehn Milliarden € umsetzte und 60.000 Beschäftigte in Industrie und Handwerk zählte.

Die Vergütung des Solarstroms wurde bereits zum Jahresbeginn um 9-11 % gekürzt. Zusätzlich soll zum 1. April 2010 eine weitere Kürzung um 15 % bei Dachanlagen und zum 1. Juli 2010 um bis zu 25 % bei Freiflächenanlagen greifen. Anfang 2011 würde die Vergütung dann ein drittes Mal um 9 bis 11 % gesenkt. Unabhängige Institute wie die LBBW oder auch die Piper Bank haben errechnet, dass die deutsche und

Datum des Eingangs: 17.02.2010 / Ausgegeben: 17.02.2010

europäische Solarindustrie bei intensiven Absenkungen nicht mehr liefern können und bei Absenkungen von mehr als 15% im Jahr ein ganzer Industriezweig gefährdet sei.

Eine solche umfassende und radikale Kürzung der Förderung droht der Solarindustrie die Basis für Entwicklungserfolge in der Zukunft zu rauben und zusätzlich auch Händler und Installateure kurzfristig vor große Probleme zu stellen, da von der Bestellung bis zur Installation einer Solaranlage nicht selten vier bis sechs Monate vergehen. Eine Kürzung bereits zum 1. April führt folglich zur schlagartigen Makulatur vieler vertraglich fixierten Bestellungen. Zudem droht der Markt nach Inkrafttreten der Novelle vorerst einzubrechen, weshalb schlimmstenfalls Insolvenzen auch von gesunden Unternehmen zu befürchten sind.

Die Solarindustrie ist durch die Preisreduktion des letzten Jahres direkt betroffen, da der Einbruch des spanischen Marktes durch die Deckelung der spanischen Solarzuschüsse das weltweite Lagervolumen der Solarmodule stark ansteigen ließ und der Abbau der Lager aus Gründen der Liquiditätssicherungen die anderen Märkte überschwemmten, weshalb die Preisrückgänge für Solarmodule deutlich größer als der Kostenrückgang der Solarindustrie ausfiel.

Grundsätzlich ist die Planung der Bundesregierung, die Vergütungshöhe der Marktentwicklung anzupassen, damit die Gewinne für Solarstromerzeuger nicht den erforderlichen Kaufanreiz übersteigen, zu unterstützen. Dies muss allerdings im Gegensatz zu den Vorstellungen der Bundesregierung mit Augenmaß erfolgen und mit einem zeitlichen Vorlauf geschehen, damit die Hersteller sich den veränderten Gegebenheiten anpassen können.

Eine Absenkung mit Augenmaß ist sinnvoll, wobei eine gleichzeitige Innovationsoffensive für die Solarforschung die bisherigen Erfolge der Solarförderung neue Impulse geben muss. Insbesondere damit die deutsche Technologieführerschaft und die Qualitätsvorteile im internationalen Wettbewerb Lohnkosten- und Wechselkursvorteile weiter über kompensieren können, da eine Sicherung der deutschen Produktionsstandorte in diesem innovativen und zukunftssträchtigen Sektor erhalten bleiben muss.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, Ihren Koalitionsvertrag konsequent einzuhalten und umfassend ihre Möglichkeiten zur Verhinderung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung einzusetzen.

Fraktion GRÜNE/B90